

Call for Papers

Geschlechterverhältnisse in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland

feministische studien, Heft 2/2027

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre haben Fragen von Geschlecht, Sexualität und intersektionaler Ungleichheit in Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie in Ostdeutschland erneut ins Zentrum öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten gerückt. Damit verbunden ist eine wachsende Aufmerksamkeit für die Vielfalt geschlechterbezogener Lebensrealitäten, für gesellschaftliche Transformationsprozesse sowie für neue theoretische und empirische Zugänge in der Geschlechterforschung.

Der Blick gen ‚Osten‘ ist untrennbar mit der Frage nach Arbeits- und Geschlechterverhältnissen verbunden – auch weil eine zentrale Ost-Erzählung die besondere Bedeutung von Arbeit im Lebenszusammenhang sowie die im Vergleich zum ‚Westen‘ stärkere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt betont. Wie steht es jedoch nun, unter post-transformatorischen Bedingungen, um das Verhältnis von Geschlecht, Arbeit, Care und Ökonomie in Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie in Ostdeutschland? Seit den 2000er Jahren hat insbesondere die Migrations- und Care-Forschung auf die zunehmende transnationale Verflechtung von Arbeits- und Lebensverhältnissen hingewiesen. Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit und familiäre Sorgearrangements sind längst grenzüberschreitend organisiert und werden durch globale Ungleichheitsverhältnisse strukturiert. Ein prägnantes Beispiel für globale *Care Chains* ist die Figur der pendelnden oder migrierenden Care-Arbeiterin, etwa polnischer Pflegekräfte oder Haushaltshilfen in Deutschland, die zu einer zentralen Sozialfigur der gegenwärtigen Care-Krise geworden ist. Daneben geraten zunehmend auch globale Reproduktionsmärkte und die transnationale Organisation kommerzieller ‚Leihmutterschaft‘ (z.B. in der Ukraine) in den Blick. Solche Konstellationen verweisen nicht nur auf ökonomische Abhängigkeiten zwischen West- und Osteuropa, sondern auch auf die vergeschlechtlichte und rassifizierte Organisation von Reproduktion, Care-Arbeit sowie auf die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Diese Entwicklungen in den Geschlechter- und Arbeitsverhältnissen lassen sich nur im Zusammenspiel von Wohlfahrtsstaat, Migration, Klasse und transnationalen Care-Regimen angemessen analysieren.

Überall in Europa zeigen sich verstärkt autoritäre Tendenzen, das östliche Europa bildet hier keine Ausnahme. Vor allem die Frauen- und Geschlechterforschung sowie gleichstellungspolitische und rechtliche Errungenschaften sind in den vergangenen Jahren zum Gegenstand politischer Angriffe geworden. Prominent ist der Fall Ungarns, wo die Akkreditierung von Gender-Studies-Studiengängen 2018 per Regierungsdekret aufgehoben wurde und die Central European University ihren Hauptstandort von Budapest nach Wien verlegen musste. Die Delegitimierung der Geschlechterforschung ist dabei häufig das Einfallstor für eine umfassendere Delegitimierung kritischer Wissensproduktion und Forschung. Auch Gleichstellungspolitik, Frauenrechte sowie die

Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSBTIQ*) und nichtbinären Personen stehen in verschiedenen Ländern unter erheblichem Legitimationsdruck. In Ungarn wurde die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare 2020 und ähnlich wie in Russland zudem der Zugang zu Informationen über Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit für Kinder und Jugendliche verboten. In Polen haben einzelne Kommunen und lokale Politiker zu LGBTIQ-freien Zonen aufgerufen, außerdem wurde ein weitreichendes Abtreibungsverbot durchgesetzt. Die Regierung der Slowakei hat eine Verfassungsänderung beschlossen, derzufolge nur noch zwei Geschlechter anerkannt werden.

Während damit geschlechtliche und sexuelle Vielfalt abgewehrt und bekämpft wird, erstarken gleichzeitig antifeministische Positionierungen, traditionelle Familienbilder und maskulinistische Vorstellungen. In Ostdeutschland stehen dementsprechend seit einigen Jahren weniger Frauen als vielmehr Männer im Fokus öffentlicher Debatten. Sie werden einerseits als Transformationsverlierer und andererseits mit Blick auf den Erfolg rechtsextremer Parteien als Demokratieproblem und als symptomatisch für einen vermeintlich ‚braunen Osten‘ beschrieben. Solche pauschalisierenden Deutungen machen nicht nur deutlich, wie gesellschaftliche Krisendiagnosen vergeschlechtlicht und geographisch ausgedeutet werden, sondern werfen zugleich die Frage nach der Genese dieser Zuschreibungen auf und welche Differenzierungen dabei verloren gehen und wie sie mit sozialen Wandlungsprozessen, regionalen Identitäten, politischen Orientierungen und vielfältigen Geschlechterkonstruktionen zusammenhängen.

Mit dem Blick ins östliche Europa rücken auch die Verflechtungen von Geschlecht, Nation, Krieg, Gewalt und Militarisierung wieder stärker ins Bewusstsein. Die gegenwärtigen geopolitischen Konflikte in Europa, insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sind eng mit vergeschlechtlichten Ordnungen verwoben, bringen diese hervor, stellen sie aber potenziell auch in Frage. So wird Männlichkeit weiterhin und ‚traditionell‘ mit Wehrhaftigkeit, militärischer Opferbereitschaft und Stärke verbunden, während Frauen als Mütter der Nation, als Schutzbedürftige oder als Trägerinnen kultureller und familiärer Kontinuität konstruiert und adressiert werden. Nichtbinäre Menschen kommen kaum vor und Geschlechterdichotomien werden weiter fortgeschrieben. Spannend erscheint, dass diese traditionellen Geschlechterbilder zwar politische Diskurse, nationale Erinnerungskulturen und staatliche Mobilisierungsstrategien prägen, sich in der alltäglichen Praxis aber durchaus Ambivalenzen abzeichnen. Besonders deutlich wird dies im Kontext des Ukrainekriegs, wo Frauen als Soldatinnen, Freiwillige, Aktivistinnen, Journalistinnen und Versorgerinnen vielfältige Rollen übernehmen und damit traditionelle Vorstellungen von Krieg als männlicher Sphäre relativieren. Vor diesem Hintergrund vermögen Thesen eines einfachen Backlashs oder einer verschärften Traditionalisierung nicht gänzlich zu überzeugen.

Dazu kommt, dass die genannten Entwicklungen immer auch von neuen feministischen, queeren und weiteren zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen begleitet sind. Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre und trans* Personen treten in Politik, Wissenschaft, Kultur, sozialen Bewegungen und digitalen Räumen zunehmend als sichtbare Akteur*innen auf, wodurch tradierte Grenzziehungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit neu verhandelt werden. Die Anti-Abtreibungsgesetze in Polen haben massiven feministischen Protest hervorgerufen. Dabei entstehen neue Bündnisse und vielfältige feministische politische Praxen. So wird beispielsweise

die serbische Anti-Korruptions-Bewegung, die maßgeblich von Studierenden getragen wird, als friedvolle und feministisch geprägte Bewegung beschrieben, die unter anderem durch die Verwendung geschlechtergerechter Sprache, die bewusste Ablehnung von Gewalt und die Infragestellung traditioneller Geschlechterrollen gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund bisheriger Forschung stellt sich hier die Frage, ob und inwiefern die zunehmende öffentliche Sichtbarkeit und politische Einmischung von Frauen auf Widerstand stößt. Wie steht es beispielsweise in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland um antifeministische Gegenreaktionen wie Hassrede und frauenfeindliche Angriffe – nicht nur im politischen Raum, sondern auch in digitalen und medialen Öffentlichkeiten?

Mit dem Blick auf Frauen als politische Akteurinnen stellt sich aus intersektionaler Perspektive zudem die Frage nach multiplen Differenzen. Auch marginalisierte Frauen sind nicht ausschließlich Betroffene von Diskriminierung, Gewalt oder sozialer Benachteiligung, sondern häufig auch politische Akteurinnen mit eigenen Strategien, Wissensbeständen und Formen des Widerstands. Dies zeigt sich etwa am Beispiel von Roma-Frauen, die einerseits von Zwangssterilisationen, rassifizierten Ausschlüssen und neoliberalen Umstrukturierungen betroffen sind, andererseits jedoch eigenständige feministische und politische Bewegungen hervorgebracht haben und sowohl innerhalb von Roma-Frauenorganisationen als auch im breiteren Romani-Aktivismus für soziale und politische Rechte kämpfen. Hier gilt es genauer hinzuschauen, um neue Zugänge zu Fragen von Geschlecht, Ethnizität, Klasse, Staatsbürgerschaft und sozialer Gerechtigkeit zu eröffnen.

Mit dem Schwerpunkt möchten wir dazu beitragen, die oft marginalisierte Expertise aus Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie Ostdeutschland stärker in wissenschaftliche feministische Debatten einzubringen und dominante west- bzw. westeuropäisch geprägte Perspektiven kritisch zu erweitern oder zu durchkreuzen. Dabei stellt sich auch die grundlegende Frage, welche geschlechtertheoretischen Konzepte geeignet sind, um das Verhältnis von ‚Ost‘ und ‚West‘ analytisch angemessen zu fassen und jenseits vereinfachender Gegenüberstellungen zu denken. Die seit den 1980er Jahren diskutierten Ansätze der Interkulturalität haben zwar wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit kultureller Differenz geliefert, waren jedoch häufig selbst in differenzlogische Perspektiven eingebettet, in denen ‚fremde Kulturen‘ aus einer hegemonial westlichen Perspektive nicht nur als grundsätzlich ‚anders‘, sondern auch als ‚rückständig‘ konstruiert wurden. In solchen Konstellationen wurde der als homogen imaginierte ‚Osten‘ häufig als rückständig oder nachholend konstruiert, während der ‚Westen‘ als unmarkierte Norm fungierte. Vor diesem Hintergrund haben insbesondere in der Osteuropaforschung – maßgeblich angestoßen durch Wissenschaftler*innen aus Mittel-, Südost- und Osteuropa – Debatten an Bedeutung gewonnen, die den postsozialistischen Raum Europas aus postkolonialer Perspektive zu lesen versuchen. Auch queere Perspektiven tragen zur Kritik solcher Ost-West-Dichotomien bei, indem sie auf die homonationalistische Aufladung entsprechender Diskurse verweisen und zugleich sichtbar machen, dass Queer Studies in osteuropäischen Kontexten vielfach als westlich konnotiert gelten. Daraus ergeben sich konflikthafte Spannungen zwischen wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Zugehörigkeitsordnungen, zwischen denen osteuropäische Geschlechterforscher*innen und Wissenschaftler*innen, die zu Osteuropa und Ostdeutschland forschen, navigieren müssen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Entwicklungen und Themensetzungen möchte das Schwerpunktheft der *feministischen studien* 2/2027 den transnationalen Austausch innerhalb der Geschlechterforschung stärken, regionale Perspektiven sichtbar machen und vergleichende wie intersektional-transnationale Zugänge fördern. Im Zentrum stehen dabei sowohl gemeinsame Entwicklungslinien als auch Unterschiede zwischen den postsozialistischen bzw. postsowjetischen Kontexten sowie Ostdeutschland. Besonders interessiert uns, welche aktuellen Transformationen sich in diesen Regionen abzeichnen und welche theoretischen Impulse aus ihnen für die Geschlechterforschung insgesamt hervorgehen.

Wir freuen uns nicht nur über wissenschaftliche Analysen, sondern auch über Berichte zu lokalen Entwicklungen und Einblicke in laufende Forschungsprojekte, die sich mit den folgenden sowie darüber hinausgehenden und weiteren Fragen aus feministischer Perspektive befassen:

- Welche Entwicklungen zeichnen sich in Bezug auf Geschlechterverhältnisse, Geschlechterforschung sowie feministische Bewegungen in den einzelnen Regionen in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland aktuell ab?
- Welche Vorannahmen stecken in kultur-historischen Konzepten von ‚Geschlecht‘ und ‚dem Osten‘ und inwiefern werden sie in Wissenschaft, Politik und Medien gleichermaßen als vermeintlich unhinterfragter und natürlich gegebener Zusammenhang diskursiv reproduziert?
- Wie unterscheiden und wo ähneln sich Geschlechtervorstellungen und -praxen in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland?
- Wie steht es um die Geschlechterforschung in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland und was lässt sich aus den dortigen Kämpfen für die Verteidigung von Wissenschaftsfreiheit lernen?
- Welche Formen nehmen feministische Bewegungen in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland an und vor welchen möglicherweise spezifischen Herausforderungen stehen sie? Wo bilden sich Allianzen zu anderen Organisationen (Arbeiter*innen, Wissenschaftsfreiheit, Demokratie, Migration, queerer Bewegungen) und transnationale Solidaritäten?
- Welche Marginalisierungen und Diskriminierungen, aber auch politische Mobilisierungen werden aus intersektionaler Perspektive in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Ostdeutschland sichtbar?
- Welche neuen Konfigurationen von Geschlecht, Arbeit, Care sowie reproduktiver Gerechtigkeit lassen sich in Mittel-, Südost- und Osteuropas sowie in Ostdeutschland beobachten, und wie sind diese im Spannungsfeld von Migration, politischen Systemen und globalen Ungleichheitsverhältnissen theoretisch zu fassen?

Extended Abstracts (1.000-1.500 Wörter) bitten wir einzureichen bis spätestens **30. August 2026** an die folgenden drei Adressen:

Julia Gruhlich (julia.gruhlich@uni-goettingen.de), Stine Eckert (stine.eckert@wayne.edu) und Regine Othmer (manuskripte@feministische-studien.de)

Es können Abstracts für die Rubriken *Hauptbeiträge* (45.000 Zeichen inkl. Fußnoten und Literatur) und *Diskussion* (30.000 Zeichen inkl. Fußnoten und Literatur) eingereicht werden,

Tagungsberichte und (*Sammel-*)*Rezensionen* (10.000 Zeichen) sowie künstlerische Arbeiten für die Rubrik *Bilder und Zeichen* vorgeschlagen werden.

Die Rückmeldung zu den Abstract-Einreichungen erfolgt Anfang September 2026; die Manuskripte müssen bis 28. Februar 2027 vorliegen. Das Feedback der Hauptbeiträge nach Double Blind Peer Review erfolgt bis Mitte Mai, bei Annahme ist eine Überarbeitung möglich bis 30. Juli 2027.